
Medienmitteilung

Zeitgemässe Finanzkompetenzen für Gemeinderat, Stadtrat und Volk

Für Rückfragen

Maurice Lindgren, Co-Fraktionschef GLP/JGLP/EVP-Fraktion, Stadtrat Bern
maurice.lindgren@gmail.com; 079 765 37 00

31. Oktober 2024

Zeitgemässe Finanzkompetenzen für Gemeinderat, Stadtrat und Volk

Die heute geltenden Finanzkompetenzen der Stimmberechtigten, des Stadtrats und des Gemeinderats sind mit der Totalrevision der Gemeindeordnung von 1998 beschlossen worden. In den letzten 25 Jahren haben sich wichtige Rahmenbedingungen verändert:

- die Anzahl der dem Volk vorgelegten Vorlagen hat stark zugenommen;
- Bau- und Planungsgeschäfte haben an Komplexität zugelegt und die Verfahren dauern immer länger;
- die aufgelaufene Teuerung führt dazu, dass über immer kleinere Vorhaben abgestimmt werden muss;
- den grösseren Projekten dagegen drohen Verzögerungen durch doppelte Volksabstimmungen;
- die Stimmberechtigten haben in einem ganzen Vierteljahrhundert keine einzige Kreditvorlage abgelehnt, sie wurden im Durchschnitt gar mit 80% Ja-Stimmen angenommen;
- bei überladenen Abstimmungssonntagen ist es für die Stimmberechtigten schwierig, sich mit allen Geschäften vertieft zu beschäftigen;
- auch kleinere Städte als Bern, wie z.B. Luzern oder St. Gallen, verfügen heute über eine 15 Millionen Grenze für Kreditvorlagen.

Es ist daher Zeit für eine Anpassung der stadtbernischen Finanzkompetenzen. Deshalb haben wir heute im Stadtrat eine Parlamentarische Initiative zur Revision der Gemeindeordnung mit folgenden Änderungen eingereicht:

- Erhöhung der Finanzkompetenzen des Gemeinderates von 300'000 auf 500'000 Franken;
- Erhöhung der Finanzkompetenzen des Gemeinderates von 150'000 auf 250'000 Franken bei Projektierungskrediten;
- Erhöhung der Finanzkompetenzen des Stadtrates von 7 Mio. auf 15 Mio. Franken;
- Beibehaltung der Schwelle zum fakultativen Referendum von 2 Mio. Franken;
- Beibehaltung der Bestimmungen zu den Finanzkompetenzen bez. Nachkredite.

Mit dieser Parlamentarischen Initiative, unterstützt von 37 Stadträtinnen und Stadträte von ganz links bis fast ganz rechts, soll eine Revision der Gemeindeordnung angestossen werden, die am Schluss dem Volk vorgelegt wird.

Lesen Sie im Vorstoss die ausführlichen Begründungen und weitere Details zur Parlamentarischen Initiative.